



Österreichisches Institut für Familienforschung
Austrian Institute for Family Studies

Nr. 51 | 2005

Rudolf Karl Schipfer

Der Wandel der Bevölkerungsstruktur in Österreich

Auswirkungen auf Regionen und Kommunen

KONTAKT: rudolf.schipfer@oif.ac.at | +43-1-535 14 54-12

PAPERS



Abstract

Der Bevölkerungsrückgang, der sich seit vielen Jahren durch anhaltend niedrige Geburtenraten ankündigt, wird in Österreich hauptsächlich als Problem für Pensionsversicherung, Gesundheitssystem und Altenbetreuung wahrgenommen. Immer stärker ins Blickfeld geraten aber die Auswirkungen des Geburten- und des damit verbundenen Bevölkerungsrückgangs auf die unmittelbare Lebensumgebung der Menschen in Städten und Gemeinden. Die geringen Geburtenzahlen haben beispielsweise Auswirkungen auf Wohnungsmarkt, Infrastruktur, Finanzen, Arbeitsmarkt und Wirtschaft. Damit verändert der demographische Wandel die finanziellen Ressourcen und die Handlungsspielräume der Kommunen. Die zu erwartenden Auswirkungen im kommunalen Bereich verlangen nach einer offensiven Planung, Koordination und Kooperation in größeren regionalen Zusammenhängen, denn Bevölkerungszuwachs und -rückgang werden innerhalb von Regionen nebeneinander anzutreffen sein.

Überarbeitete und ergänzte Fassung eines Referats bei der Fachtagung „Gemeinden gestalten den Lebensraum von Familien“ der SPES-Familien-Akademie in Schlierbach im November 2005

Inhalt

Einleitung	3
Bevölkerungsentwicklung: Daten und Fakten	3
Begriffsbestimmung: Demographischer Wandel	3
Bevölkerungsstruktur	4
Geburtenzahlen	5
Entwicklungen in den Bundesländern	7
Burgenland	7
Kärnten	7
Niederösterreich	8
Oberösterreich	8
Salzburg	8
Steiermark	9
Tirol	9
Vorarlberg	9
Wien	10
Regionale Unterschiede	10
Altersstruktur in den Bundesländern	12
Wandel des sozioökonomischen Gefüges	13
Auswirkungen des demographischen Wandels	15
Allgemeine Auswirkungen auf Gemeinden	15
Beispiele für Auswirkungen auf die Infrastruktur	16
Städte	16
Ländlicher Raum	16
Perspektiven	17
Literatur	20

Einleitung

Der Wandel der Altersstruktur der Bevölkerung in ganz Europa, der sich seit vielen Jahren durch anhaltend niedrige Geburtenraten ankündigt, wird in Österreich gegenwärtig noch hauptsächlich als Problem für Pensionssicherung, Gesundheitssystem und Altenbetreuung wahrgenommen. Der demographische Wandel bedeutet aber mehr: Überalterung und Unterjüngung, mehr Singles und mehr Kinderlose, mehr Menschen mit gesundheitlichen Einschränkungen bzw. Behinderungen sowie einen steigenden Migrantenanteil in allen Altersgruppen.¹

Immer stärker ins Blickfeld geraten die Auswirkungen des Geburtenrückganges auf die unmittelbare Lebensumgebung der Menschen in Städten und Gemeinden. Die sinkenden Geburtenzahlen und der damit im Zusammenhang stehende mittelfristig zu erwartende Bevölkerungsrückgang werden beispielsweise Auswirkungen auf Wohnungsmarkt, Infrastruktur, Finanzen, Arbeitsmarkt und Wirtschaft haben. Damit verändert der demographische Wandel auch die finanziellen Ressourcen und den ökonomischen Handlungsspielraum und stellt neue und zusätzliche Herausforderungen an die Kommunen.

Bevölkerungsentwicklung: Daten und Fakten

Die Bevölkerungsentwicklung ist das Ergebnis aus dem Zusammenwirken mehrerer Faktoren. Dazu gehören die aktuelle Bevölkerungsstruktur, die Geburten, die Sterbefälle und die räumlichen Bevölkerungsbewegungen (Zuwanderung, Abwanderung). Eine Möglichkeit zur Darstellung zukünftiger demographischer Entwicklungen sind die Bevölkerungsvorausschätzungen. Sie machen die zukünftige Bevölkerungsgröße und -struktur zahlenmäßig fassbar. Für Österreich erstellt die Statistik Austria regelmäßig Bevölkerungsvorausschätzungen. Die letzte wurde 2004 veröffentlicht² und bietet Prognosen und Modellrechnungen für die Zeit bis 2075. Die gewonnenen Zahlen basieren auf empirischen Analysen demographischer Trends der letzten Jahre. Dabei werden verschiedene Varianten mit unterschiedlichen Annahmen bezüglich Fertilität, Lebenserwartung und Wanderung gerechnet, jedoch ist die mittlere Variante, auch Hauptvariante genannt, „die aus heutiger Sicht der Experten den wahrscheinlichsten künftigen Entwicklungspfad beschreibt“³.

Begriffsbestimmung: Demographischer Wandel

Wenn im vom „demographischen Wandel“ die Rede ist, dann ist damit eine nachhaltige Änderung der Altersstruktur gemeint. Einem steigenden Anteil älterer Menschen steht ein sinkender Anteil jüngerer Menschen gegenüber. Dieser Trend ist aber kein Österreichspezifikum, sondern betrifft nahezu alle hochentwickelten Industrienationen.⁴

Einen Geburtenrückgang gibt es in den meisten entwickelten Ländern schon seit dem Ende des 19. Jahrhunderts. Man unterscheidet dabei zwei demographische Übergänge:

- Der erste demographische Übergang führte zur Reduzierung der durchschnittlichen Kinderzahl pro Frau von etwa fünf auf etwa zwei.
- Beim zweiten demographischen Übergang, der in den 1960er Jahren einsetzte, sank die Kinderzahl unter das Bestandserhaltungsniveau, d.h. eine Generation wird durch die nachfolgende zahlenmäßig nicht mehr vollständig ersetzt.⁵

¹ Guggemos, p 257

² Hanika (2004), p 18-33

³ Demogr. Jahrbuch 2003, p 42

⁴ Lehart, p 674

⁵ Walter, p 4

In Österreich halbierte sich zwischen 1900 und 1928 die durchschnittliche Geburtenzahl pro Frau von vier auf zwei Kinder. Mitte der 1930er Jahre lag die Gesamtfertilitätsrate bereits bei ca. 1,5 Kindern pro Frau. Lediglich in der sogenannten „Baby-Boom-Phase“ in den 1960er Jahren lag die Fertilität wieder deutlich über dem Bestandserhaltungsniveau von zwei Kindern pro Frau.⁶

Die Bevölkerungsentwicklung ist das Resultat aus dem Zusammenwirken verschiedener Faktoren wie der aktuellen Bevölkerungsstruktur, der natürlichen Bevölkerungsbewegungen (Geburten und Sterbefälle) sowie räumlicher Bevölkerungsbewegungen (Zuwanderung und Abwanderung). Diese drei Faktoren bestimmen Umfang, Richtung und Tempo der Bevölkerungsentwicklung und damit auch die Bevölkerungsstruktur.⁷

Bevölkerungsstruktur

Für Österreich sieht es so aus, dass mittelfristig kein Bevölkerungsrückgang zu erwarten ist, ganz im Gegenteil, in den nächsten 20 Jahren wird die Einwohnerzahl noch steigen. Dramatisch wird hingegen die Veränderung der Altersstruktur sein. Die Anteile der unter 15-Jährigen sinken stark, die Altersgruppe der über 60-Jährigen – und dabei speziell die Anzahl der über 75-Jährigen – steigt stark an. Die Altersgruppe der Erwerbstätigen im Alter zwischen 15 und 60 Jahren nimmt hingegen langfristig um 10 Prozent ab. Parallel zu dieser Entwicklung steigt das Durchschnittsalter der Bevölkerung auf über von zur Zeit über 40 Jahren auf knapp über 48 Jahre.⁸

	insgesamt	0 bis unter 15 Jahre		15 bis unter 60 Jahre		60 und mehr Jahre		Durchschnittsalter in Jahren
		absolut	in %	absolut	in %	absolut	in %	
2005	8,131.354	1,298.421	16,0	5,032.604	61,9	1,800.329	22,1	40,6
2010	8,255.368	1,214.576	14,7	5,112.440	61,9	1,928.352	23,4	41,7
2015	8,347.927	1,174.297	14,1	5,120.675	61,3	2,052.955	24,6	42,7
2020	8,400.920	1,156.808	13,8	5,002.745	59,5	2,241.367	26,7	43,7
2025	8,425.533	1,140.076	13,5	4,799.706	57,0	2,485.751	29,5	44,6
2030	8,420.812	1,111.997	13,2	4,609.085	54,7	2,699.730	32,1	45,6
2035	8,385.998	1,073.835	12,8	4,501.664	53,7	2,810.499	33,5	46,4
2040	8,329.468	1,037.509	12,5	4,431.956	53,2	2,860.003	34,3	47,2
2045	8,254.699	1,011.566	12,3	4,329.450	52,4	2,913.683	35,3	47,8
2050	8,162.695	995.590	12,2	4,226.886	51,8	2,940.219	36,0	48,2
2055	8,044.985	983.417	12,2	4,121.424	51,2	2,940.144	36,5	48,4
2060	7,907.122	969.716	12,3	4,048.188	51,2	2,889.218	36,5	48,4
2065	7,772.562	953.585	12,3	3,994.378	51,4	2,824.599	36,3	48,3
2070	7,651.316	937.557	12,3	3,947.419	51,6	2,766.340	36,2	48,3
2075	7,539.932	924.512	12,3	3,900.170	51,7	2,715.250	36,0	48,2

Quelle: Statistik Austria Bevölkerungsprognose 2003, mittlere Variante

⁶ Lehart, p 675

⁷ Hanika (2004), p 18

⁸ Hanika (2004), p 24 f

Für die Städte und Gemeinden sind die zahlenmäßigen Veränderungen der Kindergartenkinder, der Schüler und der Hochbetagten von besonderer Bedeutung. Gerade die für diese Altersgruppen nötigen Infrastrukturen (Betreuungsangebote, Schulen u. ä.) sind primäre Handlungsfelder der Kommunen. Die nachstehende Tabelle zeigt die Prognosen für diese Bevölkerungsgruppen.

Jahr	Kinder- gartenalter	Volks- schulalter	Hauptschul- und AHS- Unterstufen- alter	Betagte und Hochbetagte
	3-5 Jahre	6-9 Jahre	10-13 Jahre	80 um. Jahre
2005	237.336	346.253	383.874	351.322
2010	232.226	320.746	343.373	396.301
2015	228.538	311.731	326.223	412.091
2020	227.905	308.553	316.082	460.869
2025	223.923	306.568	313.661	532.481
2030	215.597	299.325	310.831	589.861
2035	206.660	287.536	302.402	642.846
2040	200.349	276.649	290.546	738.305
2045	196.860	269.590	280.480	865.104
2050	194.818	265.806	274.322	958.838
2055	192.634	263.270	271.017	964.760
2060	189.190	259.908	268.525	924.572
2065	185.532	255.202	264.872	909.674
2070	182.490	250.582	260.154	903.932
2075	180.353	246.960	255.769	905.801

Quelle: Statistik Austria Bevölkerungsprognose 2003, mittlere Variante

Geburtenzahlen

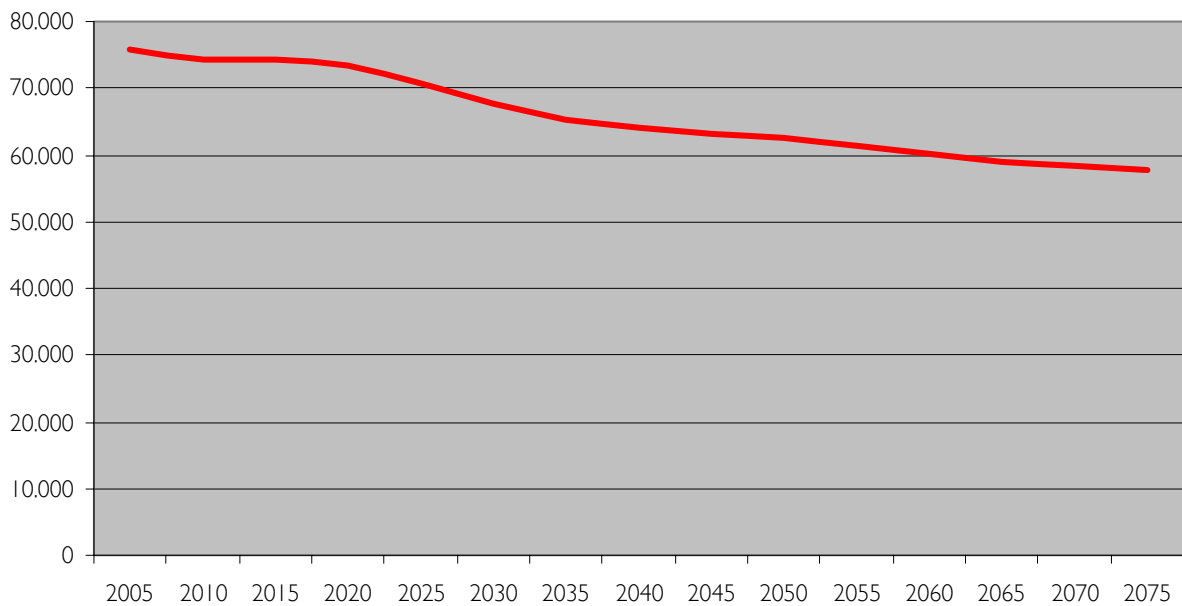
Die Geburtenzahlen werden in den kommenden 50 Jahren kontinuierlich zurückgehen. Dieser deutliche Geburtenrückgang ist eine Folge der schwächeren Besetzung der Elterngeneration („demographischer Echoeffekt“). Die Zahl potentieller Mütter sinkt ab: Im Jahre 2001 gab es noch 1,73 Mio. Frauen im Alter zwischen 15 und 45 Jahren, 2030 werden es aber nur mehr 1,45 Mio. sein. Selbst bei zukünftig konstanten Fertilitätsraten pro Frau werden somit die Zahlen der Geburten zurückgehen.⁹

⁹ Hanika (2004), p 21

Jahr	Geburten				Geburtenbilanz (Differenz zwischen Geburten und Sterbefällen)	
	absolut	auf 1.000 Ein- wohner	Gesamt- ferilitäts- rate	Durch- schnittl. Fertilitäts- alter	absolut	auf 1.000 Ein- wohner
2001	75.458	9,4	1,33	28,4	691	0,1
2002	78.399	9,7	1,40	28,5	2.268	0,3
2003	77.353	9,6	1,40	28,6	992	0,1
2004	76.423	9,4	1,40	28,7	-225	0,0
2005	75.652	9,3	1,40	28,8	-1.392	-0,2
2010	74.243	9,0	1,40	29,2	-5.540	-0,7
2015	74.419	8,9	1,40	29,5	-8.305	-1,0
2020	73.409	8,7	1,40	29,7	-11.364	-1,4
2025	70.680	8,4	1,40	30,0	-16.517	-2,0
2030	67.567	8,0	1,40	30,2	-23.116	-2,7
2035	65.283	7,8	1,40	30,4	-29.045	-3,5
2040	64.015	7,7	1,40	30,6	-33.679	-4,0
2045	63.295	7,7	1,40	30,8	-38.282	-4,6
2050	62.590	7,7	1,40	31,0	-42.308	-5,2
2055	61.408	7,6	1,40	31,0	-49.964	-6,2
2060	60.127	7,6	1,40	31,0	-52.321	-6,6
2065	59.040	7,6	1,40	31,0	-50.961	-6,6
2070	58.273	7,6	1,40	31,0	-49.120	-6,4
2075	57.739	7,7	1,40	31,0	-48.441	-6,4

Quelle: Statistik Austria Bevölkerungsprognose 2003, mittlere Variante

Graphik: Entwicklung der Geburtenzahlen 2005 bis 2075



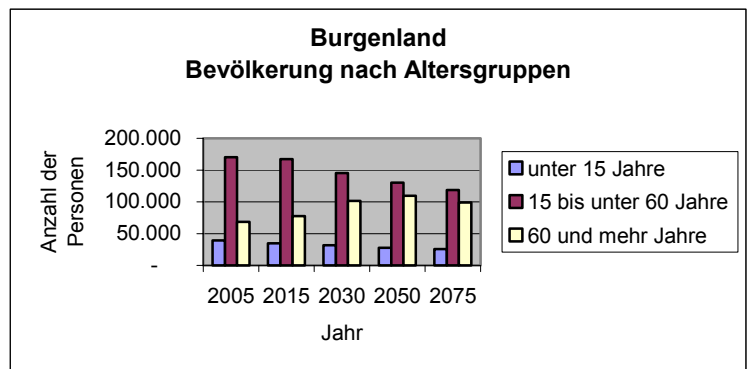
Entwicklungen in den Bundesländern¹⁰

Die Bevölkerung wird laut mittlerer Variante der Bevölkerungsprognose in den kommenden 30 Jahren im gesamten Bundesgebiet weiter wachsen. Regional sind allerdings unterschiedliche Entwicklungen zu erwarten, denn neben Bundesländern mit Bevölkerungswachstum wird es Bundesländer mit schrumpfender Bevölkerung geben. Neben den drei westlichen Bundesländern Vorarlberg, Tirol und Salzburg haben auch Wien und Niederösterreich noch kräftige Bevölkerungszuwächse zu erwarten. In Oberösterreich werden die Zuwächse etwas geringer ausfallen, während die Bevölkerungszahl des Burgenlandes stagniert. In der Steiermark und in Kärnten werden in den nächsten drei Dekaden Rückgänge zu verzeichnen sein.

Burgenland

Das Burgenland wird nach einem Wachstum bis 2015 in weiterer Folge bis 2030 stagnierende Einwohnerzahlen zu verzeichnen haben. Danach wird die Einwohnerzahl bis 2050 leicht und dann stärker zurückgehen.

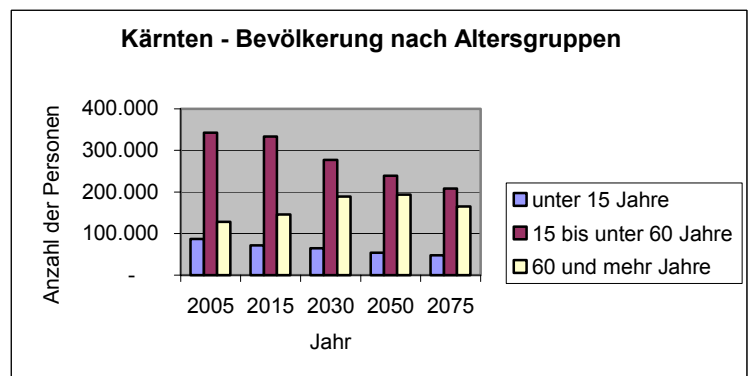
Burgenland		
Jahr	Geburten	Bevölkerung
2005	2.077	277.924
2015	1.984	279.431
2030	1.741	278.745
2050	1.584	267.528
2075	1.445	242.890



Kärnten

In Kärnten ist bereits aktuell mit einem Rückgang der Bevölkerung zu rechnen, der sich während des gesamten Prognosezeitraums fortsetzt.

Kärnten		
Jahr	Geburten	Bevölkerung
2005	4.620	557.319
2015	4.418	550.270
2030	3.755	530.815
2050	3.292	486.234
2075	2.871	420.777

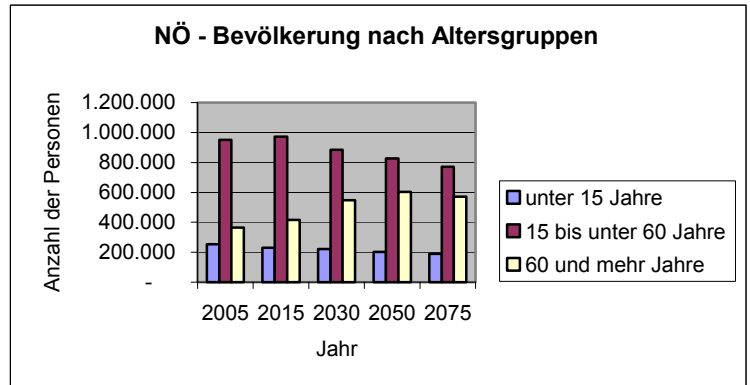


¹⁰ vgl. Hanika (2004), p 29 ff

Niederösterreich

Niederösterreich wird weiter stark Einwohner gewinnen und 2034 auf ein Maximum von 1,656 Mio. Menschen anwachsen. Bis 2050 wird die Bevölkerungszahl wiederum leicht und bis 2075 um 100.000 Einwohner zurückgehen.

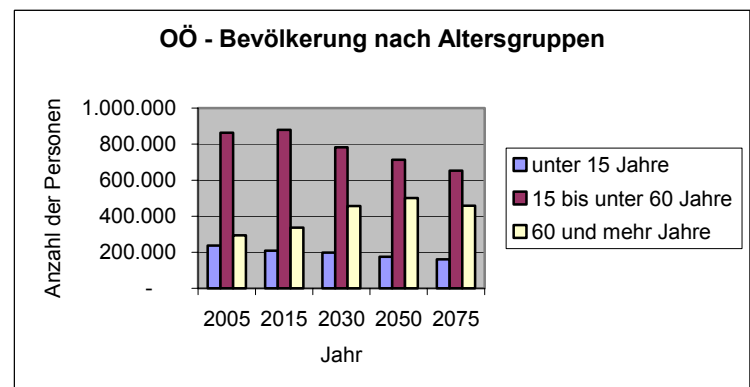
Niederösterreich		
Jahr	Geburten	Bevölkerung
2005	13.676	1,568.635
2015	13.619	1,617.169
2030	12.628	1,654.535
2050	11.869	1,633.565
2075	11.056	1,532.439



Oberösterreich

Die Bevölkerungsentwicklung Oberösterreichs liegt im Bundestrend. Es erreicht 2029 ein Einwohnermaximum von 1,438 Mio. Personen, das kontinuierlich zurückgeht.

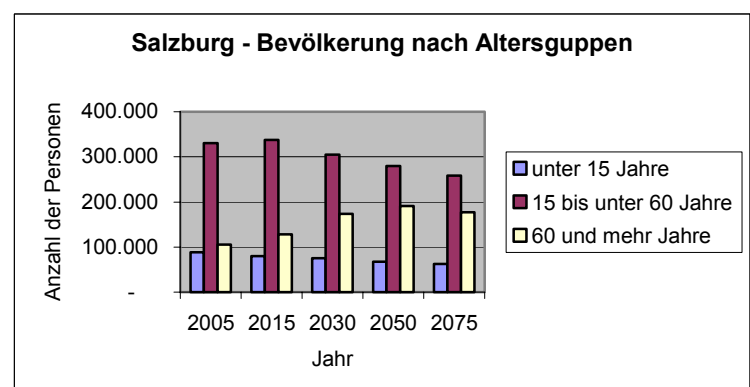
Oberösterreich		
Jahr	Geburten	Bevölkerung
2005	13.461	1,393.402
2015	13.461	1,426.667
2030	11.954	1,437.075
2050	11.021	1,388.143
2075	10.056	1,272.714



Salzburg

Salzburg wird sein Bevölkerungsmaximum 2028 mit 553.900 Einwohner erreichen. Salzburg wird Kärnten in der Bevölkerungszahl überholen und somit zum sechstgrößten Bundesland aufsteigen.

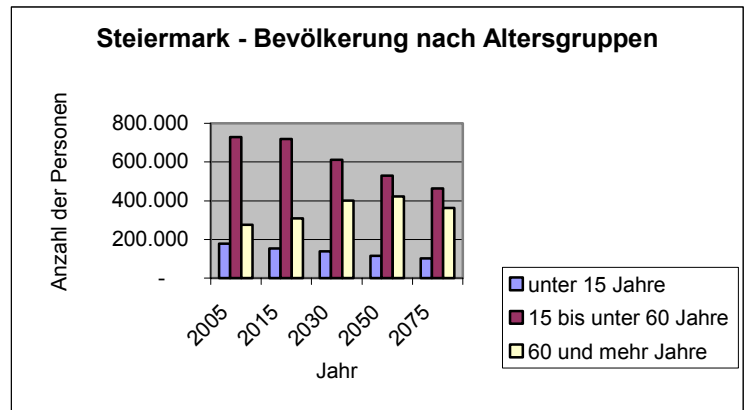
Salzburg		
Jahr	Geburten	Bevölkerung
2005	5.223	525.135
2015	5.067	545.392
2030	4.590	553.732
2050	4.230	537.825
2075	3.906	498.095



Steiermark

Bis 2015 werden in der Steiermark die Einwohnerzahlen relativ konstant bleiben. Danach ist mit beschleunigten Bevölkerungsverlusten zu rechnen, bis 2050 wird die Bevölkerung rund 10 Prozent unter dem Niveau von 2001 liegen und danach weiter schrumpfen.

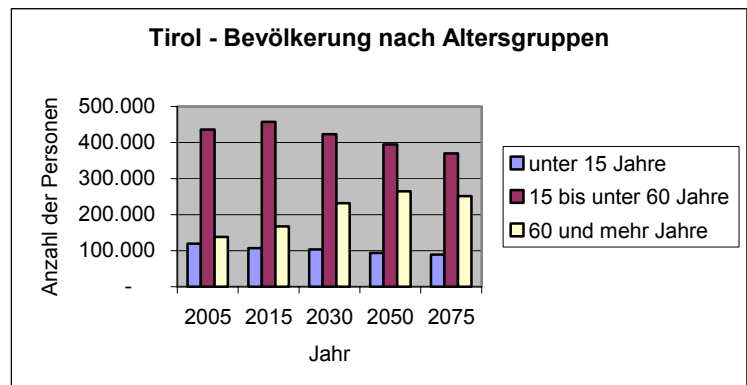
Steiermark		
Jahr	Geburten	Bevölkerung
2005	10.023	1,183.961
2015	9.473	1,180.668
2030	8.069	1,150.880
2050	7.086	1,067.036
2075	6.210	928.908



Tirol

Tirol kann künftig starke Bevölkerungszuwächse verzeichnen. Die Bevölkerungszahl wird bis 2036 auf 760.400 Personen anwachsen. Erst danach wird eine Bevölkerungsschrumpfung erwartet.

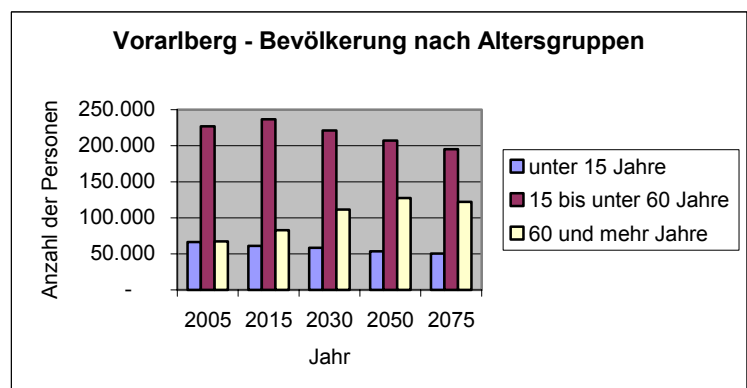
Tirol		
Jahr	Geburten	Bevölkerung
2005	6.755	693.225
2015	6.756	732.355
2030	6.286	758.281
2050	5.902	753.442
2075	5.532	710.798



Vorarlberg

In Vorarlberg wird nach einem Bevölkerungshöchststand 2035 mit 391.700 Personen die Einwohnerzahl kontinuierlich aber geringfügig abnehmen.

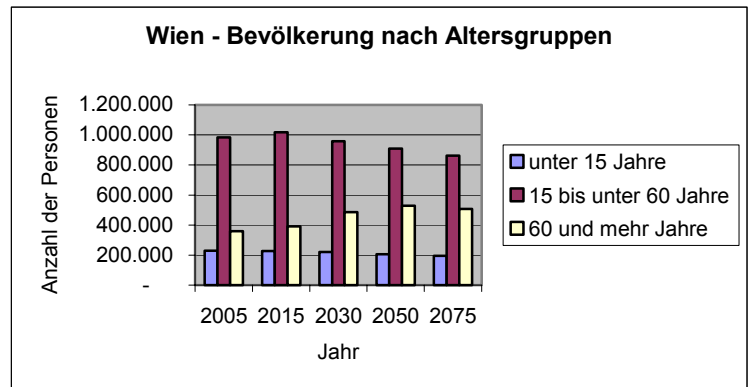
Vorarlberg		
Jahr	Geburten	Bevölkerung
2005	3.917	360.406
2015	3.885	380.137
2030	3.620	391.131
2050	3.393	387.815
2075	3.193	367.678



Wien

Für Wien sind mittelfristig starke Zuwächse zu erwarten. Hier steigt die Bevölkerungszahl um ca. 7 Prozent auf ein Maximum von 1,7 Mio. im Jahr 2029 an. Bis 2050 wird die Bevölkerung dann wieder auf 1,6 Mio. und bis 2075 auf 1,5 Mio. schrumpfen.

Wien		
Jahr	Geburten	Bevölkerung
2005	15.900	1,571.347
2015	15.756	1,635.838
2030	14.924	1,665.618
2050	14.213	1,641.107
2075	13.470	1,565.633



Regionale Unterschiede

Der Altenabhängigkeitsquotient – er bezeichnet das Verhältnis von wirtschaftlich abhängigen Altersgruppen (in diesem Fall der über 65-Jährigen) von der 20- bis 64-jährigen Erwerbsbevölkerung – zeigt für die letzten 35 Jahre unterschiedliche Entwicklungen bei der demographischen Alterung: 1971 war der Osten Österreichs durch einen relativ hohen Alterungsgrad gekennzeichnet. Sehr hohe Anteilswerte verzeichneten die nördlichen Grenzregionen Niederösterreichs sowie die Innenstadt- und Westbezirke Wiens. Die Regionen im Westen Österreichs wiesen dagegen niedrigere Altenabhängigkeitsquotienten auf.

2001, drei Jahrzehnte später, waren die Disparitäten demographischer Alterung regional differenzierter. Bestimmte Regionen und Bezirke (Gmünd, Hollabrunn, Waidhofen an der Thaya und Zwettl; Güssing, Jennersdorf und Oberpullendorf; Bruck an der Mur, Judenburg, Leoben und Mürzzuschlag), die in der Vergangenheit durch negative Geburtenbilanzen und Binnenwanderungsverluste gekennzeichnet waren, wiesen einen überdurchschnittlich hohen Altenabhängigkeitsquotienten auf. Auch in den Landeshauptstädten Graz, Linz, Salzburg und Innsbruck war der Altenabhängigkeitsquotient im Jahr 2001 sehr hoch. Dagegen verringerte sich der Altenabhängigkeitsquotient in den Umlandgebieten von Wien, wie etwa in Korneuburg, Mistelbach, Mödling und Tulln. Diese Entwicklung weist auf die Attraktivität der Umlandregionen hin, die in den letzten Jahren Binnenwanderungsgewinne aus den Städten zu verzeichnen hatten.¹¹

¹¹ Lehart, p 678

Die Bevölkerungsentwicklung unterhalb der Bundesländerebene lässt sich durch Betrachtung der Regionen der dritten Ebene der NUTS-Gliederung erkennen.¹² Hier zeigt sich, dass die nachteilige Entwicklung in manchen Regionen in der jüngeren Vergangenheit auch in den nächsten 30 Jahren weitergehen wird.

Bundesländer: Bevölkerung in Privathaushalten nach der Haushaltsgröße 2011-2031

Bundesland	Indexwerte (2001=100)														
	2011					2021					2031				
	insg.	1	2	3	4+	insg.	1	2	3	4+	insg.	1	2	3	4+
Österreich	103	116	108	105	95	104	130	113	106	90	104	136	119	107	84
Burgenland	101	112	112	103	92	101	123	118	104	86	100	133	127	104	79
Kärnten	99	117	111	100	87	97	132	118	98	76	94	136	122	95	67
Niederösterreich	104	114	108	105	97	106	128	113	108	94	107	136	119	110	90
Oberösterreich	103	118	115	107	91	104	135	126	110	82	104	142	134	111	75
Salzburg	104	117	115	107	94	106	132	126	110	87	106	139	135	111	80
Steiermark	100	115	111	102	89	99	129	115	101	81	97	132	117	98	75
Tirol	106	123	121	111	94	110	144	138	116	88	112	154	151	119	81
Vorarlberg	106	128	123	112	91	110	155	143	118	81	111	166	154	120	76
Wien	104	111	92	102	113	107	124	86	101	119	107	127	89	102	115

Quelle: ÖROK-Prognosen 2005, p 110f

¹² NUTS („Nomenclature des unit's territoriales statistiques“) ist eine dreigliedrige europaweite statistische Gebietseinheiten-Systematik.

Ebene NUTS 1: Ostösterr. (Bgl., NÖ, Wien), Südösterr. (Ktn., Stmk.) und Westösterr. (OÖ, Sbg., Tirol, Vbg.)

Ebene NUTS 2: die neun Bundesländer

Ebene NUTS 3: 35 Einheiten, bestehend aus einem oder mehreren polit. Bezirken, Gerichtsbezirken, bzw. auch einzelnen Gemeinden, während Wien ungeteilt ist. – vgl. Statistik Austria (Hrsg.): Statistisches Jahrbuch 2005. Wien 2004. p 482

NUTS 3 Regionen: Bevölkerung in Privathaushalten nach der Haushaltsgröße 2011-2031

NUTS 3-Regionen	Indexwerte (2001=100)														
	2011					2021					2031				
	insg.	1	2	3	4+	insg.	1	2	3	4+	insg.	1	2	3	4+
Mittelburgenland	99	110	115	104	88	99	119	122	106	81	98	128	132	107	73
Nordburgenland	103	113	110	104	96	105	124	116	105	94	106	134	124	106	89
Südburgenland	98	113	114	102	88	96	124	121	101	78	94	133	131	99	69
Mostviertel-Eisenwurzen	100	119	107	104	94	99	136	113	107	86	97	149	125	110	75
Niederösterreich-Süd	103	111	107	104	97	105	122	112	106	94	106	127	117	107	91
Sankt Pölten	103	113	107	104	98	105	125	111	105	96	106	132	115	107	92
Waldviertel	99	111	106	102	91	97	120	109	101	83	94	125	115	101	74
Weinviertel	102	112	106	104	96	104	125	111	106	93	105	135	120	110	87
Wiener Umland-Nord	109	121	110	108	104	115	142	118	114	107	120	155	125	119	108
Wiener Umland-Süd	106	113	109	105	101	110	126	113	109	103	113	131	114	110	106
Wien	104	111	92	102	113	107	124	86	101	119	107	127	89	102	115
Klagenfurt-Villach	101	115	113	100	88	101	127	121	97	78	99	128	123	95	74
Oberkärnten	97	122	108	101	87	94	142	113	99	75	90	149	122	97	63
Unterkärnten	97	120	109	100	85	93	137	115	97	73	89	143	122	93	63
Graz	104	111	114	104	93	106	120	121	105	90	107	119	120	105	92
Liezen	98	117	110	101	87	95	131	112	97	79	92	135	116	93	70
Östliche Obersteiermark	95	108	100	93	85	89	111	93	85	78	83	107	90	78	71
Oststeiermark	100	131	116	107	89	98	162	126	109	80	96	183	138	109	70
West- und Südsteiermark	101	124	115	105	89	101	148	125	104	80	99	161	132	102	73
Westl. Obersteiermark	96	114	107	99	84	90	125	107	94	72	85	127	109	88	62
Innviertel	102	123	119	108	89	103	145	134	112	79	102	159	148	113	69
Linz-Wels	104	114	113	104	93	106	126	121	106	88	107	128	123	108	86
Mühlviertel	103	130	120	112	91	104	162	139	120	81	103	184	159	125	70
Steyr-Kirchdorf	101	117	114	106	90	102	133	125	109	79	101	139	132	110	72
Traunviertel	101	120	114	105	89	102	138	126	107	79	101	145	135	107	70
Lungau	99	130	120	110	86	96	160	138	114	72	92	182	159	113	58
Pinzgau-Pongau	104	124	114	107	94	105	147	125	111	86	104	161	140	112	76
Salzburg und Umgebung	105	114	116	107	95	108	127	126	110	89	109	131	133	111	85
Außerfern	106	129	122	112	93	110	155	141	118	85	111	169	161	120	77
Innsbruck	107	117	122	109	92	111	132	137	113	87	113	137	144	115	85
Osttirol	100	126	123	113	87	98	148	141	119	74	95	161	162	121	61
Tiroler Oberland	106	136	118	112	97	109	172	135	119	91	110	196	157	125	81
Tiroler Unterland	108	127	121	112	97	113	152	138	119	91	115	166	157	122	84
Bludenz-Bregenzer Wald	104	129	125	113	89	106	158	149	119	76	106	172	164	121	68
Rheintal-Bodensee	107	128	123	111	93	111	154	142	117	83	112	164	151	120	78

Quelle: ÖROK-Prognosen 2005, p 110f

Altersstruktur in den Bundesländern¹³

Die Bevölkerungen werden wie auf gesamtösterreichischer Ebene auch in den neun Bundesländern stark altern, wobei hier innerhalb der Bundesländer deutliche regionale Unterschiede zu beobachten sein werden. Die Anteile der über 60-Jährigen werden auch in Zukunft im Osten und Süden Österreichs höher als im Westen sein. Die Ausnahme in der Ostregion bildet die Bundeshauptstadt Wien. Die relativ stärksten Zuwächse der über 60-jährigen Bevölkerung sind im Westen Österreichs zu erwarten. In Tirol, Vorarlberg und Salzburg wird sich die Zahl der über 60-Jährigen bis 2050 circa verdoppeln. Oberösterreich und

¹³ Hanika (2004), p 31 f

Niederösterreich liegen mit ihren Zuwächsen etwas über dem Bundesdurchschnitt von 73 Prozent. Der Osten (ausgenommen Niederösterreich) und der Süden Österreichs verzeichnen hingegen aufgrund des höheren Ausgangsbestandes deutlich unterdurchschnittliche Zunahmen der Zahl älterer Menschen. Den relativ schwächsten Zuwachs an über 60-Jährigen hat langfristig Wien, gefolgt von Kärnten, der Steiermark und dem Burgenland.

Zahl und Anteil der unter 15-Jährigen werden in allen Bundesländern künftig stark sinken. Liegt der Kinderanteil derzeit in allen Bundesländern noch zwischen 14,7 Prozent in Wien und 19,3 Prozent in Vorarlberg, so wird er im Jahr 2050 im Bereich von 10,4 Prozent im Burgenland und 13,8 Prozent in Vorarlberg liegen. Das Muster der räumlichen Differenzierung mit höheren Anteilswerten im Westen und niedrigeren im Süden und Osten wird sich bis 2050 fortsetzen.

Der Anteil der erwerbsfähigen Bevölkerung im Alter zwischen 15 und 60 Jahren steigt bis 2015 in fast allen Bundesländern noch an, lediglich Kärnten verzeichnet in diesem Zeitraum bereits eine Reduktion. Danach setzen Der Rückgang in allen Bundesländern ein und erreicht bis 2030 ein Ausmaß von 6 Prozent (in Wien) bis 17 Prozent (in Kärnten). Bedingt durch die demographische Struktur schwächt sich der Rückgang im Osten und Süden bis zum Jahr 2050 etwas ab, wogegen die Abnahme der erwerbstätigen Bevölkerung in den westlichen Bundesländern dann erst seine volle Dynamik entfaltet.

Wandel des sozioökonomischen Gefüges

Der Geburtenrückgang ist ein Prozess, dem ein vielschichtiges Ursachegefüge zugrunde liegt. Zahlreiche Gründe wirken dabei – unterschiedlich stark – zusammen, wobei allerdings unklar ist, welcher Faktor dabei welches Gewicht hat, und auch welche gegenwärtig noch unbekanntes Faktoren mitwirken.¹⁴

- *Funktionswandel in der Familie:* Der Bedarf an Kindern als „kostengünstige“ Arbeitskräfte in der geschlossenen Familienwirtschaft und – damit meist zusammenhängend – die Versorgung bei Krankheit und im Alter durch leibliche Kinder waren in der Vergangenheit Gründe für hohe Kinderzahlen. Mit dem Verschwinden des Systems der Familienwirtschaft und mit der Übernahme der sozialen Sicherung durch öffentlich-staatliche Einrichtungen ist die ökonomische Bedeutung der Kinder für die Eltern obsolet geworden.
- *Änderung der Frauenrolle:* Kinder binden bei der klassischen Arbeitsteilung zwischen Mann und Frau in der Familie insbesondere die Mütter ans „Haus“. Dieses Rollenverständnis kollidiert daher zunehmend mit der verstärkten Erwerbsbeteiligung der Frauen. Die stärkere Bildungs- und Erwerbsorientierung der Frauen hat daher zur Folge, dass die Verwirklichung bestehender Kinderwünsche so weit hinausgeschoben wird, dass nur noch ein Kind geboren oder auf Kinder gänzlich verzichtet wird. Besonders Frauen mit höherer Bildung verzichten immer häufiger auf Kinder.
- *Hoher Wohlstand:* Kinder sind für Eltern mit erheblichen Kosten verbunden. Zusätzlich schränkt der Aufwand für Erziehung und Betreuung die Bewegungsfreiheit der Eltern räumlich und zeitlich ein. Kinder zu haben steht somit im Widerspruch zu den materiellen und individualistischen Ansprüchen nach hohem Lebensstandard und persönlicher Ungebundenheit.

¹⁴ vgl. Meyer, p 59 ff

- *Strukturelle Rücksichtslosigkeit:* Die Strukturen in Gesellschaft und Wirtschaft werden mit fortschreitender Spezialisierung und Rationalisierung immer mehr auf die Bedürfnisse der erwerbstätigen Erwachsenen zugeschnitten. Den familialen Leistungen und den Einschränkungen von Eltern durch Kinder fehlt es hingegen an Anerkennung und Unterstützung. Die strukturellen Gegebenheiten verschaffen sogar denjenigen Personen Konkurrenzvorteile, die auf die Kinder verzichten.
- *Offenhalten von Wahlmöglichkeiten:* Individualisierung und Pluralisierung haben einerseits die Handlungsoptionen des Individuums stark erweitert und andererseits die Bereitschaft gemindert, sich langfristig und unumkehrbar festzulegen. Kinder kollidieren mit diesen Tendenzen, weil sie die Eltern für lange Zeit einengen. Der Realisierung des Kinderwunsches treten somit andere mögliche Lebensentwürfe als Konkurrenz entgegen.
- *Emotionalisierte Paarbeziehungen.* Die Emotionalisierung des privaten partnerschaftlichen Zusammenlebens hat zur Folge, dass sich Zweierbindungen zu „Zweckbeziehungen in sich“ verengen, in denen Kinder als Last, Konkurrenz oder Störung der Partnerschaftlichkeit erlebt werden. Andererseits findet sich durch die hohen Ansprüche an den/die Lebenspartner/in oftmals in der reproduktiven Lebensphase nicht die „richtige“ Person zur Realisierung des Kinderwunsches.
- *Gesellschaftliche Akzeptanz von Kinderlosigkeit:* Lebensformen ohne Kinder sind gesellschaftlich akzeptiert. Elternschaft hat somit ihren scheinbar naturgegebenen Charakter verloren. Einen sozialen Druck Kinder zu haben, gibt es nicht mehr.
- *Hohe Ansprüche an Elternschaft:* Durch die Pädagogisierung der Gesellschaft und den hohen Stellenwert von Bildung haben sich die Anforderungen und Ansprüche an die Eltern als Erzieher erheblich erhöht. Diese Anforderungen kann umso eher entsprochen werden, umso kleiner die Kinderzahl ist.
- *Möglichkeiten der Familienplanung:* Die Geburt eines Kindes wird durch Sexualaufklärung, durch moderne Empfängnisverhütung oder auch durch Schwangerschaftsabbruch planbarer. Das die Realisierung eines Kinderwunsches wird zur rationalen Entscheidung, wobei aber auch weiterhin „Irrationalitäten“ von Bedeutung sind.
- *Wirtschaftliche Unsicherheiten.* Ungünstige wirtschaftliche Perspektiven und Furcht vor bzw. tatsächliche Arbeitslosigkeit begünstigen den Verzicht auf Kinder.

Die steigende Anzahl älterer und betagter Menschen wird immer weniger in familiären Netzen aufgefangen. Die sozialen Netzwerke der Mehrgenerationenfamilien verlieren somit zunehmend ihre Tragfähigkeit.¹⁵ Kleiner werdende Familien und kinderlose Lebensformen führen dazu, dass der Unterstützung und Förderung außerfamiliärer Netzwerke ein größerer Stellenwert einzuräumen sein wird, denn die Zahl älterer Menschen ohne Kinder bzw. Enkel wird steigen. Zudem ist durch die Zunahme von Hochbetagten und die Zahl der Pflegefälle im Zusammenhang mit der steigenden Frauenerwerbstätigkeit von einem Rückgang des innerfamiliären Pflegepotentials auszugehen, wodurch die Inanspruchnahme stationärer Pflege steigen wird.¹⁶

¹⁵ Gans & Schmitz-Veltin, p 126

¹⁶ Meyer, p 73

Auswirkungen des demographischen Wandels

Allgemeine Auswirkungen auf Gemeinden

Kommunen sind vom demographischen Wandel in besonderem Maße betroffen, denn ihnen obliegt die unmittelbare öffentliche Daseinsvorsorge und die Ausgestaltung des persönlichen Lebensumfeldes. In vielen Bereichen geht der Bedarf in vielen Bereichen wie etwa bei Schulen und Kinderbetreuung zurück, in anderen weitet er sich aus wie z. B. bei Pflege und Altenbetreuung). Gleichzeitig verändern sich die finanziellen Handlungsspielräume, denn durch die demographische Schrumpfung werden die finanziellen Ressourcen und damit die Bewegungsspielräume eingeschränkt.¹⁷ Bereits zwischen 1991 und 2001 verlor ein Drittel der österreichischen Gemeinden Einwohner.¹⁸

Bei der technischen Ver- und Entsorgung geht die Auslastung in den demographischen Schrumpfungsbereichen wesentlich stärker zurück, als dies aufgrund des veränderten, ressourcenbewussten Verbraucherverhaltens und effizienter technischer Lösungen beispielsweise bei Wasserverbrauch, Energie oder Fernwärme bereits ohnehin der Fall ist. Da die langlebigen Systeme der Ver- und Entsorgung kurzfristig nur schwer an die demographische Entwicklung angepasst werden können, entstehen höhere Pro-Kopf-Aufwendungen, die nur schwer von einer geringer werdenden Anzahl von Nutzern getragen werden können.¹⁹

Im Bereich Wohnen wird diejenige Nachfragegruppe, die lebenszyklisch Bedarf nach mehr Wohnfläche hat und als wesentlicher Träger der Wohneigentumsbildung in Erscheinung tritt – nämlich Jungfamilien mit Kind(ern) –, in den kommenden Jahren quantitativ an Bedeutung verlieren. Pensionisten, Alleinerziehenden, erwerbstätigen Ein- und Zweipersonenhaushalten kann hingegen eine weit höhere Kernstadtakzeptanz unterstellt werden. Die Bevölkerungsentwicklung wird durch Zuwanderung bestimmt sein, dabei ist auch mit einer Fokussierung der Zuwandernden auf die großen kernstädtischen Mietwohnungsmärkte zu rechnen.²⁰

Die regionale wirtschaftliche Entwicklung ist gekoppelt mit dem Saldo von An- und Absiedlung.²¹ Bei schrumpfenden Kommunen kommt somit zum Bevölkerungsrückgang noch eine nachlassende wirtschaftliche Dynamik dazu. Prosperierende Regionen ziehen Personen und Haushalte an, während aus stagnierenden Gebieten Personen und Haushalte absiedeln. Man kann davon ausgehen, dass hohes Wachstum die Bevölkerung einer Region zu einer optimistischen Zukunftssicht mit geburtenförderlicher Wirkung führt – und umgekehrt.²² Geht man davon aus, dass das Humankapital der Menschen eines Landes, einer Region oder einer Kommune von großer Bedeutung für das Wirtschaftswachstum und Innovationen ist, wirkt sich die Schrumpfung des Arbeitskräftepotentials negativ auf dessen Quantität aus.²³

Die zukünftigen regionalen Bevölkerungsveränderungen werden maßgeblich mitbestimmt von der wirtschaftlichen Basis, den vorhandenen institutionellen Rahmenbedingungen, der Verkehrsanbindung bzw. Erreichbarkeit, der Nähe zu zentralen Orten, von der landschaftlichen Attraktivität und vom Wohn- und Freizeitwert der Region.²⁴

¹⁷ Müller, p 5

¹⁸ Heilig, p 6

¹⁹ Müller, p 6

²⁰ Müller & Siedentop, p 28

²¹ Gans & Schmitz-Veltin, p 114

²² vgl. Franz, p 38-40

²³ Grunescu & Rürup, p 4

²⁴ Gans & Schmitz-Veltin, p 111 f

Beispiele für Auswirkungen auf die Infrastruktur

- Abwasser: Eine Verringerung der Abflussmengen führt zu Ablagerungen in überdimensionierten Leitungen. Ablagerungen und lange Aufenthaltszeiten des Abwassers in den Leitungen erzeugen Geruchsprobleme, zudem fördern Ablagerungen die Korrosion von Rohren. Das macht ein häufiges Spülen der Leitungen notwendig.
- Trinkwasser: Durch verminderten Verbrauch und längere Verweilzeiten des Wassers in den Leitungen kommt es zu einem erhöhten Verkeimungsrisiko.
- Verkehr: Wohnungsleerstand verringert die benötigten Flächen für den ruhenden Verkehr. Andererseits ist bei schienengebundenen Systemen wie Straßenbahnen durch die geringere Auslastung mit verminderter Rentabilität zu rechnen. Bei schienenungebundenen Systemen wird eine Ausdünnung des Angebots die Folge sein.²⁵

Städte

Eine schrumpfende Stadt wird eine teure Stadt sein, denn die Erhaltung von Gebäuden und Infrastruktur muss von immer weniger Einwohnern finanziert werden.²⁶ Eine Studie erwartet beispielsweise für die schrumpfenden Städte Nordrhein-Westfalens, dass zukünftig benachteiligte Bevölkerungsgruppen – Arme, Alte, Ausländer – die Stadtgesellschaft dominieren werden. Die Gründe liegen neben der demographischen Alterung und der Zuwanderung in der selektiven Abwanderung der Mittelschichten aus den Städten. Hier wird es notwendig sein, sowohl soziale Integration als auch Identifikation der Bewohner von Städten bzw. Stadtteilen mit ihrem unmittelbaren Lebensraum zu fördern. Eine Möglichkeit zur Entschärfung zukünftiger Probleme in Städten sind Bürgerbeteiligungsmodelle, die auch sozial Benachteiligte erreichen und einen kurzfristig sichtbaren Nutzen für misstrauische und arme Menschen in sozial instabilen Nachbarschaften bringen.²⁷

Ländlicher Raum

Durch den Bedeutungsverlust der Landwirtschaft wandelten sich besonders in der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts viele Dörfer grundlegend. So verlor ein Drittel der Gemeinden Österreichs zwischen 1991 und 2001 Einwohner durch Abwanderungen. Die damit verbundene geringere Siedlungsdichte zeigt vielfach schon jetzt die Auswirkungen des Bevölkerungsrückgangs wie zum Beispiel eine Verringerung der Versorgungsqualität der Bewohner und des finanziellen Handlungsspielraumes der Gemeinden. Im Gegensatz dazu verzeichneten Orte in den Stadtumlandregionen Bevölkerungszuwächse durch den Zuzug aus den Kernstädten. Diese Gemeinden haben dadurch oft eine relativ junge Altersstruktur. Damit wird die klassische Unterscheidung zwischen Stadt und Land aber zunehmend fragwürdig, denn die anhaltende Attraktivität weniger dicht besiedelter Gebiete als Wohnort für urban geprägte Menschen verstärkt städtische Wertvorstellungen und individualisierte Lebensformen in ländlichen Siedlungen.²⁸

Neben der regionalen wirtschaftlichen Entwicklung ist für die Bevölkerungsentwicklung die räumliche Lage entscheidend. Dabei spielt die Nähe zu größeren Zentren ebenso eine Rolle wie die Qualität der Wohnumgebung, denn mit erhöhter Lageattraktivität steigt die Nachfrage nach Wohnraum. Die infrastrukturelle Grundversorgung ist ebenso ein entscheidender Faktor bei der Wahl von Wohnstandorten. Für Pendler ist beispielsweise die Verkehrsanbindung einer Gemeinde von Bedeutung. Die Verfügbarkeit wohnortnaher Kindergärten und (Pflicht-)Schulen

²⁵ Koziol, p 72

²⁶ Müller & Siedentop, p 26

²⁷ Strohmeier & Bader, p 67

²⁸ Gans & Schmitz-Veltin, p 112 f

ist für junge Familien maßgeblich und für ältere Menschen ist die Versorgung mit Gütern des täglichen Bedarfs von großer Wichtigkeit.²⁹

Für die Lebensqualität älterer Menschen im ländlichen Raum ist entscheidend, inwieweit die Wohngebäude der Ortskerne und die frühen Erweiterungsgebiete als Alterswohnsitze in Frage kommen. Zum einen ist die bauliche Gestaltung kaum auf eine Nutzung älterer Bewohner ausgerichtet, zum anderen entstehen durch die schlechte Erreichbarkeit von Versorgungseinrichtungen in vielen ländlichen Gemeinden erhebliche Probleme bei der Deckung des täglichen Bedarfs. Je älter die Bewohner ländlicher Gemeinden sind, umso höher schätzen sie die Wichtigkeit der Versorgungsinfrastruktur ein, das belegt beispielsweise eine Erhebung aus dem Saarland³⁰. Alte Menschen werden zwar in der Zukunft mobiler sein als bisher, aber dennoch wird die Mobilität der alten Menschen geringer sein als die der Jungen. Damit stehen Gemeinden mit alternder Bevölkerung vor dem Dilemma, dass die Nahversorgung vor Ort immer dringlicher wird, die entsprechenden Einrichtungen jedoch tendenziell unrentabler werden. Menschen im fortgeschrittenen Alter könnten deshalb mit einer Rückwanderung in die Städte reagieren, weil hier der Lebensalltag bei eingeschränkten Mobilitätsbedingungen einfacher zu organisieren ist.³¹

Die traditionell hohen Kinderzahlen im ländlichen Bereich, die noch während der Industrialisierung für den Bevölkerungsnachschub in den Städten gesorgt haben, gehören der Vergangenheit an. Heute liegen in fast ganz Europa die durchschnittlichen Kinderzahlen im ländlichen Raum auf demselben niedrigen Niveau wie in urbanen Gebieten. Da seit den 1970er Jahren immer weniger Menschen geboren werden und damit die Anzahl der potentiellen Eltern kontinuierlich sinkt, verschlechtern sich die Geburtenbilanzen österreichischer Landgemeinden zusehends, was zu einem deutlichen Bevölkerungsrückgang in den Gemeinden führt. Der ländliche Raum wird somit die Folgen der demographischen Entwicklung in Europa sehr viel stärker und vor allem früher zu spüren bekommen als die urbanen Gebiete.³²

Perspektiven

Zur Bekämpfung von regionalen Problemen, die durch den demographischen Wandel entstehen, gibt es aber keine Standardlösungen. Die Ansatzpunkte können sich von Gemeinde zu Gemeinde stark unterscheiden, je nachdem, welche Bedürfnisse und Bedingungen vor Ort herrschen. Jede Gemeinde muss deshalb eigene Wege entwickeln, um auf die Herausforderungen bestmöglich reagieren zu können. Die nachstehenden Punkte sind daher als Anregungen gedacht, die zum Weiterdenken und Weiterentwickeln einladen sollen.

Rechtliche Rahmenbedingungen

Die Kompetenzverteilung in der Rechtsordnung zeigt die Gestaltungsmöglichkeiten der Gemeinden bei der Familienpolitik im Vergleich zu Bund und Ländern. Bevölkerungspolitik, soweit sie die Gewährung von Kinderbeihilfen und die Schaffung eines Lastenausgleiches im Interesse der Familie zum Gegenstand hat ist Bundeskompetenz.³³ In der Grundsatzgesetzgebung Bundeskompetenz und in der Erlassung von Ausführungsgesetzen sowie die Vollziehung Landeskompetenz sind Mutterschafts-, Säuglings- und Jugendfürsorge,³⁴ Ausschließlich Landessache sind Gesetzgebung und Vollziehung im Bereich von Kindergarten- und Hortwesen.³⁵ Den Gemeinden bleibt somit im Bereich der Familien(politik) als

²⁹ Gans & Schmitz-Veltin, p 113

³⁰ Gans & Schmitz-Veltin, p 121 ff

³¹ Müller & Siedentop, p 23

³² Heilig, p 4 & p 9

³³ Art. 10 (1) Z 17 B-VG

³⁴ Art. 12 (1) B-VG

³⁵ Art. 14 (4) lit b B-VG

Gestaltungsraum nur die Durchführung von privatrechtlichen Aktivitäten (z.B. Förderungsvergabe, Informationsarbeit etc.).

Ressourcenorientierung statt Problemorientierung

Raumbezogene statistische Daten sind oft defizitorientiert und an Auffälligkeiten wie Arbeitslosigkeit, Drogenabhängigkeit und Kriminalität, schlechtem Wohnungsbestand, Ausländerzahl etc. orientiert. Ressourcenorientierte Daten über engagierte Personen und Institutionen, Lebensqualität, soziale Netzwerke etc. sind so gut wie nicht vorhanden. Doch gerade diese ressourcenorientierten Daten sind für eine kooperative Kommunalentwicklung und positive Profilentwicklung von Gemeinden unerlässlich.³⁶

Aktivierung der Bürgerinnen und Bürger

Der Staat kann angesichts der leeren Kassen den demographischen Wandel nicht allein bewältigen. Er wird sich vermutlich an vielen Stellen weiter zurückziehen müssen. Deshalb braucht es mehr denn je freiwillige soziale Netze und Personen, die sich ehrenamtlich engagieren. Nicht zuletzt muss es ein Ziel der Kommunalpolitik sein, die Bürgerinnen und Bürger in ihrem unmittelbaren Lebensumfeld, in der Wohngemeinde zu, aktivieren und Entwicklungsressourcen zu erschließen.³⁷

Wohnbau und Flächennutzung

Neben der raumordnerisch sinnvollen Steuerung des Neubaus ist mittel- und langfristig auf Grund der demographischen Entwicklung sowie des veränderten Anspruchsniveaus das vermehrte Auftreten von leerstehenden Wohnungen zu beachten. In geographisch oder ökonomisch peripheren Regionen wird die Einwohnerzahl zurückgehen und Wohnungen und Häuser werden leer stehen. Die Nutzung der leer stehenden Wohnräume bedarf – neben der Verwendung als Ferien- und Freizeitwohnsitze – neuer Nutzungskonzepte zur kontinuierlichen Bestandssicherung und Bestandserhaltung. Dies ist für die Kulturlandschaft und zur Vermeidung moderner „Wüstungen“ wesentlich.³⁸

Kurzfristig kann die Zahl der Einwohner durch die Ausweisung von Bauland gesteigert werden. Allerdings wirkt Neubau auf bestehende Wohngebiete negativ, denn für die meisten Menschen ist neu bauen attraktiver, insbesondere bei niedrigen Grundstückspreisen. Damit werden aber die Leerstände gerade in Wohngebieten der 60er bis 1980er Jahre steigen, da die Attraktivität dieser Gebäude aus heutiger Sicht als eher gering eingestuft wird. Gegen eine weitere Ausweisung von Neubau sprechen aber auch Nachhaltigkeitsüberlegungen. Die Bebauung neuer Siedlungsflächen führt zu einer fortschreitenden Zersiedelung und einer weiteren Oberflächenversiegelung.³⁹

Überregionale Planung und Zusammenarbeit

Neben der offensiven Beschäftigung mit den zu erwartenden Auswirkungen der Bevölkerungsveränderungen ist im kommunalen Bereich jedenfalls Planung, Koordination und Kooperation in größeren regionalen und kommunalen Zusammenhängen unabdingbar. Das gilt besonders für Städte und ihre Umlandregionen, damit nicht Gemeinden aus finanzwirtschaftlichen Überlegungen in einen ruinösen Wettbewerb um Einwohner schlittern, mit all den damit verbundenen Auswirkungen auf die untereinander in Konkurrenz stehenden Kommunen. Bei ländlichen Gemeinden geht es dabei um die Nutzung von Synergieeffekten, denn Wachstum und Schrumpfung werden innerhalb von Regionen nebeneinander anzutreffen sein.

³⁶ Guggemos, p 258

³⁷ Guggemos, p 259

³⁸ Hanika (2005), p 85 f

³⁹ Gans & Schmitz-Veltin, p 125

Den Realitäten ins Auge sehen

Es gibt Gemeinden, die aus heutiger Sicht schlechte Perspektiven haben. Hier ist es wichtig, rechtzeitig und solange noch Handlungsspielraum besteht Maßnahmen (Entwicklungsprozesse, Um- oder Rückbau etc.) einzuleiten. Ein rechzeitiges Einstellen auf die zu erwartende Zukunft verhindert auch, dass man von der Entwicklung überrollt wird. Statt reaktiver, kurzfristiger Maßnahmen sind hier langfristige Zielentwicklung und strategisches Handeln und Planen von Bedeutung.

Familienorientierung als Standortfaktor der Zukunft:

Familienorientierung – bisher eher als eine Frage der Lebensqualität gesehen – entwickelt sich angesichts der demographischen Entwicklung zu einem Wirtschafts- und Standortfaktor. Gerade die Jugend und junge Erwachsene stehen für Dynamik, Innovation, Experimentierfreudigkeit und Unternehmergeist. Städte und Regionen, in denen Familien gut leben und arbeiten können, sind für die Zukunft ökonomisch besser gewappnet. Eine familienfreundliche Umgebung entsteht allerdings nicht von selbst, sondern erst durch gezieltes politisches und wirtschaftliches Handeln. Gemeinden und Regionen, denen es gelingt, ein familienfreundliches Klima zu schaffen, haben auf lange Sicht auch wirtschaftlich bessere Perspektiven.

Die Probleme des demographischen Wandels sind nicht zuletzt Probleme anhaltend niedriger Geburtenraten. Die Entwicklung lässt sich mittelfristig nicht stoppen – dazu sind demographische Prozesse viel zu träge – aber langfristig gibt es Möglichkeiten. Dabei müssen aber die Akteure auf allen Ebenen und in allen Bereichen mittun, und das sollte ein allgemeines Anliegen sein.

Je eher das Bewusstsein für die zukünftigen Entwicklungen geschärft ist und die ersten Schritte gesetzt werden, umso eher wird sich auch bei ungünstigen Rahmenbedingungen ein Erfolg einstellen.

Literatur

- Franz, Peter: Schrumpfende Städte – Schrumpfende Wirtschaft? Der Fall Ostdeutschland. In: Deutsche Zeitschrift für Kommunalwissenschaften. 43. Jg., 2004/I. p 33-50
- Gans, Paul und Ansgar Schmitz-Veltin: Bevölkerungsentwicklung in ländlichen Gemeinden: Szenarien zu kleinräumigen Auswirkungen des demographischen Wandels. In: Birg, Herwig (Hrsg.): Auswirkungen der demographischen Alterung und der Bevölkerungsschrumpfung auf Wirtschaft, Staat und Gesellschaft. Plenarvorträge der Jahrestagung der Deutschen Gesellschaft für Demographie an der Universität Bielefeld 4. März 2004. Münster 2005. p 111-129
- Grunescu, Sandra und Bert Rürup: Nachhaltige Familienpolitik. In: Aus Politik und Zeitgeschichte, 23-24/2005. p 3-6
- Guggemos, Peter: Demographischer Wandel und seine Auswirkungen auf die soziale Infrastruktur in Kommunen. In: Frevel, Bernhard (Hrsg.): Herausforderung demographischer Wandel. Wiesbaden 2004. p 257-274
- Hanika, Alexander, Gustav Lebhart & Stephan Marik: Zukünftige Bevölkerungsentwicklung Österreichs bis 2050 (2075). Methodik – Annahmen – Ergebnisse. In: Statistische Nachrichten 1/2004. p 18-33
- Hanika, Alexander, Eva Bauer, Heinz Fassmann, Gustav Lebhart, Stephan Marik & Rainer Münz: ÖROK-Prognosen. Teil 2: Haushalte und Wohnungsbedarf nach Regionen und Bezirken Österreichs. Wien 2005
- Heilig, Gerhard K.: Stirbt der ländliche Raum? Zu Demographie ländlicher Gebiete in Europa: Zahlen, Fakten, Schlussfolgerungen: Laxenburg-Salzburg 2002
- Kozial, Matthias: Folgen des Demographischen Wandels für die kommunale Infrastruktur. In: Deutsche Zeitschrift für Kommunalwissenschaften. 43. Jg., 2004/I. p 69-83
- Lebhart, Gustav: Demographische Alterung in den Regionen Österreichs. In: Statistische Nachrichten 9/2003. p 674-685
- Meyer, Thomas: Die Familie in demographischen Wandel. In: Frevel, Bernhard (Hrsg.): Herausforderung demographischer Wandel. Wiesbaden 2004. p 58-74
- Müller, Bernhard: Demographischer Wandel und die Folgen für die Städte – Einführung und Übersicht. In: Deutsche Zeitschrift für Kommunalwissenschaften. 43. Jg., 2004/I. p 5-13
- Müller, Bernhard und Stefan Siedentop: Wachstum und Schrumpfung in Deutschland – Trends, Perspektiven und Herausforderungen für die räumliche Planung und Entwicklung. In: Deutsche Zeitschrift für Kommunalwissenschaften. 43. Jg., 2004/I. p 14-32
- Statistik Austria (Hrsg.): Demographisches Jahrbuch 2003. Wien 2005
- Strohmeier, Klaus Peter und Silvia Bader: Bevölkerungsrückgang, Segregation und soziale Stadterneuerung im altindustriellen Ballungsraum. In: Deutsche Zeitschrift für Kommunalwissenschaften. 43. Jg., 2004/I. p 51-68
- Walter, Wolfgang: Einführung: Fertilität – Kinderwunsch und Realität. In Zeitschrift für Familienforschung, 1/2005. p 4-7

Zuletzt erschienene *WORKING PAPERS*

- Martin Spielauer, Franz Schwarz, Kurt Schmid: **Education and the Importance of the First Educational Choice in the Context of the FAMSIM+ Family Microsimulation Model for Austria.** Nr. 15/2002
- Coomaren P. Vencatasawmy: **Modelling Fertility in a Life Course Context: Some Issues.** Nr. 16/2002
- Norbert Neuwirth: **Labor Supply of the Family – an Optimizing Behavior Approach to Microsimulation.** Nr. 17/2002
- Martin Spielauer: **The Potential of Dynamic Microsimulation in Family Studies: A Review and Some Lessons for FAMSIM+.** Nr. 18/2002
- Sabine Buchebner-Ferstl: **Die Partnerschaft als Ressource bei kritischen Lebensereignissen am Beispiel der Pensionierung.** Nr. 19/2002
- Sonja Dörfler, Karin Städtner: **European Family Policy Database – Draft Manual.** Nr. 20/2002
- Johannes Pflieger: **Family and Migration. Research Developments in Europe: A General Overview.** Nr. 21/2002
- Sonja Dörfler: **Familienpolitische Maßnahmen zum Leistungsausgleich für Kinderbetreuung – ein Europavergleich.** Nr. 22/2002
- Franz Schwarz, Martin Spielauer, Karin Städtner: **Gender, Regional and Social Differences at the Transition from Lower to Upper Secondary Education. An Analysis in the Context of the FAMSIM+ Family Microsimulation Model for Austria.** Nr. 23/2002
- Veronika Pfeiffer-Gössweiner, Johannes Pflieger: **Migration in the European Union: An Overview of EU Documents and Organisations Focusing on Migration.** Nr. 24/2002/E
- Karin Städtner: **Arbeitsmarktrelevante Konsequenzen der Inanspruchnahme von Elternkarenz.** Nr. 25/2002
- Franz Schwarz, Martin Spielauer: **The Composition of Couples According to Education and Age. An Analysis in the Context of the FAMSIM+ Family Microsimulation Model for Austria.** Nr. 26/2002
- Franz Schwarz, Martin Spielauer, Karin Städtner: **University Education. An Analysis in the Context of the FAMSIM+ Family Microsimulation Model for Austria.** Nr. 27/2002
- Sabine Buchebner-Ferstl: **Partnerverlust durch Tod. Eine Analyse der Situation nach der Verwitwung mit besonderer Berücksichtigung von Geschlechtsunterschieden.** Nr. 28/2002
- Karin Städtner, Martin Spielauer: **The Influence of Education on Quantum, Timing and Spacing of Births in Austria.** Nr. 29/2002
- Sonja Dörfler: **Familienpolitische Leistungen in ausgewählten europäischen Staaten außerhalb der Europäischen Union.** Nr. 30/2002
- Sonja Dörfler: **Nutzung und Auswirkungen von Arbeitsarrangements zur besseren Vereinbarkeit von Familie und Erwerb.** Nr. 31/2003
- Franz Schwarz: **Sozio-ökonomische Ungleichheiten im Gesundheitsverhalten in Österreich / Socioeconomic Inequalities in Health Behavior in Austria.** Nr. 32/2003
- Karin Städtner: **Female Employment Patterns around First Childbirth in Austria.** Nr. 33/2003
- Olaf Kapella: **Stahlhart – Männer und erektile Dysfunktion.** Nr. 34/2003
- Olaf Kapella, Christiane Rille-Pfeiffer: **Über den Wunsch, ein Kind zu bekommen. Kinderwunsch hetero- und homosexueller Paare.** Nr. 35/2004
- Sonja Dörfler: **Die Wirksamkeit von Arbeitsbedingungen zur besseren Vereinbarkeit von Familie und Erwerb. Teil I: Arbeitszeit und Arbeitsort.** Nr. 36/2004
- Josef Meichenitsch: **Kinder + Studium = Gesundheitsvorsorge? Eine empirische Analyse des primären Gesundheitsverhaltens in Österreich.** Nr. 37/2004
- Sonja Dörfler, Josef Meichenitsch: **Das Recht auf Teilzeit für Eltern. Top oder Flop?** Nr. 38/2004
- Guido Heineck: **Religion, Attitudes towards Working Mothers and Wives' Full-time Employment. Evidence for Austria, Germany, Italy, the UK, and the USA.** Nr. 39/2004
- Guido Heineck, Astrid Haider und Norbert Neuwirth: **Determinanten abhängiger Selbstständigkeit in Österreich.** Nr. 40/2004

Sabine Buchebner-Ferstl: **Das Paar beim Übergang in den Ruhestand. Ergebnisse einer qualitativen Studie.** Nr. 41/2004

Astrid Haider, Guido Heineck und Norbert Neuwirth: **Zwischen Reproduktions- und Erwerbsarbeit: Der Zusammenhang von Kinderbetreuung, Pflege und Frauenerwerbstätigkeit.** Nr. 42/2004

Sonja Dörfler: **Außerfamiliäre Kinderbetreuung in Österreich - Status Quo und Bedarf.** Nr. 43/2004

Norbert Neuwirth: **masFIRA - Multi-agent-system on Family Formation and Intra-family Resource Allocation. An Agent-based Simulation Approach to the Manser/Brown Model - Technical Documentation of the Prototype.** Nr. 44/2004

Norbert Neuwirth, Astrid Haider: **The Economics of the Family. A Review of the development and a bibliography of recent papers.** Nr. 45/2004

Norbert Neuwirth: **Parents' time, allocated for child care? An estimation system on parents' caring activities.** Nr. 46/2004

Christine Geserick: **Neue Medien im familialen Kontext. Eine Recherche zu Studienergebnissen im Zusammenhang mit Nutzung, Chancen und Herausforderungen im Familienalltag.** Nr. 47/2005

Brigitte Cizek, Olaf Kapella, Maria Steck: **Entwicklungstheorie I. Kleinkindalter – Kindergarten – Volksschule.** Nr. 48/2005

Brigitte Cizek, Olaf Kapella, Maria Steck: **Entwicklungstheorie II. Adoleszenz.** Nr. 49/2005

Brigitte Cizek, Olaf Kapella, Maria Steck: **Kommunikationspsychologie. Grundlagen.** Nr. 50/2005

Alle zu beziehen bei: Österreichisches Institut für Familienforschung (ÖIF)
A-1010 Wien, Gonzagagasse 19/8
Tel: +43-1-5351454-19, Fax: +43-1-535 14 55
E-Mail: edeltraud.puerk@oif.ac.at

Das Österreichische Institut für Familienforschung ist ein wissenschaftliches, überparteiliches und unabhängiges Institut zur anwendungsorientierten, disziplinenübergreifenden Erforschung und Darstellung der Struktur und Dynamik von Familien, Generationen, Geschlechtern und Partnerschaften.

Gedruckt mit Unterstützung des Bundesministeriums für soziale Sicherheit, Generationen und Konsumentenschutz sowie der Länder Kärnten, Niederösterreich, Oberösterreich, Salzburg, Steiermark, Tirol, Vorarlberg und Wien.



Österreichisches Institut für Familienforschung
Austrian Institute for Family Studies

A-1010 Wien | Gonzagagasse 19/8 | Tel +43-1-535 14 54 | Fax +43-1-535 14 55 | team@oif.ac.at | www.oif.ac.at